



Vormundschaft: Rechtliches

Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES): Vertrag zur Gründung der neuen KES-Behörde

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Dem beiliegenden Vertrag der Gemeinden Eggersriet, Häggenschwil, Muolen, Wittenbach und St.Gallen wird zugestimmt.
 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den Vertrag im Namen der Stadt St.Gallen abzuschliessen.
 3. Es wird festgestellt, dass der Beschluss gemäss Ziff. 1 nach Art. 8 Ziff. 3 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.
-

1 Ausgangslage

Am 1. Januar 2013 tritt das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht auf Bundesebene in Kraft. Damit wird das bald 100-jährige schweizerische Vormundschaftsrecht grundlegend modernisiert. Der Kanton St.Gallen hat in seiner Februarsession auf der Grundlage von Botschaft und Entwurf der Regierung¹ ein neues, eigenständiges Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (abgekürzt EG KES) beschlossen.² Die Referendumsfrist ist inzwischen ungenutzt verstrichen, und die Regierung hat ein gestaffeltes Inkrafttreten des EG KES beschlossen:³ die organisatorischen Bestim-

¹ ABI 2011, 2900.

² ABI 2012, 735.

³ ABI 2012, 1553.



mungen werden bereits ab 1. Juli 2012 in Vollzug gesetzt, alle übrigen Gesetzesbestimmungen gelten ab dem 1. Januar 2013.

Ein Kernstück der Reform ist die Regionalisierung und Professionalisierung der bisherigen Vormundschaftsbehörden. Die Stadt St.Gallen wird im Einklang mit den Vorschlägen der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP)⁴ Teil der so genannten KES-Region St.Gallen, der neben der Stadt St.Gallen die Gemeinden Wittenbach, Häggenschwil, Muolen und Eggersriet angehören. Die beteiligten Gemeinden sind gemäss Art. 2 EG KES aufgerufen, eine Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde einzusetzen. Dies geschieht mittels des beiliegenden Vertrages. Dabei handelt es sich um eine rechtsetzende allgemein verbindliche Vereinbarung der beteiligten Gemeinden,⁵ die gemäss Art. 61 lit. g des Gemeindegesetzes vom 21. April 2009 (abgekürzt GG; sGS 151.2) auf Seiten der Stadt St.Gallen in die Zuständigkeit des Stadtparlamentes fällt und gemäss Art. 8 Ziff. 3 der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 (sRS 111.1) dem fakultativen Referendum untersteht.

2 Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde: Grundsätzliches

Das EG KES sieht gemäss Art. 2 drei mögliche Varianten bezüglich der Trägerschaft der regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vor. Die beteiligten politischen Gemeinden setzen diesbezüglich ein:

- a) eine Trägerschaftsgemeinde, deren KESB nach Art. 136 lit. a GG für weitere Gemeinden handelt
- b) einen Gemeindeverband oder einen Zweckverband
- c) eine öffentlich-rechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Die Gemeinden der KES-Region St.Gallen haben sich bereits Ende 2010 im Grundsatz darauf geeinigt, das erste Modell (Trägerschaftsgemeinde) zu bevorzugen. Die Stadt St.Gallen wird die Aufgabe der Trägerschaftsgemeinde übernehmen. Diese Lösung bietet sich an, weil die Stadt St.Gallen mit Abstand die grösste der an der KES-Region St.Gallen beteiligten Gemeinden ist und die neue KESB so an die heutigen Strukturen im städtischen Vormundschafswesen anknüpfen kann. Das Modell mit Trägerschaftsgemeinde bietet überdies die Möglichkeit zu einer rechtlich vergleichsweise einfachen Lösung.

⁴ Bericht VSGP vom 30. Juni 2011.

⁵ Vgl. Botschaft der Regierung zum EG KES, ABI 2011, 2857.



Die neue KESB ist, als eigener Bereich, organisatorisch in die Sozialen Dienste St.Gallen (SDS)⁶ eingegliedert, arbeitet indessen fachlich unabhängig. Sie wird sich aus der Behörde (Spruchkörper) im engeren Sinn und dem KESB-Sekretariat zusammensetzen. Letzteres erfüllt zentral Aufgaben wie die juristische Sachbearbeitung, die Sozialabklärung im Verfahren, die Führung der Revisionsstelle, die Vermögensverwaltung und die Registratur. Die Massnahmenführung (zum Beispiel die Vormundschaften und Beistandschaften) sowie Vorabklärungen bei Gefährdungsmeldungen sollen weiterhin dezentral organisiert werden. Insbesondere die Gemeinde Wittenbach soll weiterhin Mandate für Klientinnen und Klienten aus Wittenbach, Häggenschwil und Muolen führen. Die Gemeinde Eggersriet prüft derzeit, ob sie in einem separaten Vertrag die Massnahmenführung an die Gemeinde Wittenbach oder allenfalls an die SDS delegieren soll. Die SDS sind grundsätzlich bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

3 Vertrag zwischen den Gemeinden der KES-Region St.Gallen: Zentrale Bestimmungen

Der geplante Vertrag (siehe Beilage) regelt die Übertragung der Aufgaben der KESB an die Stadt St.Gallen als Trägerschaftsgemeinde (Art. 2). Sitz der KESB ist somit St.Gallen (Art. 3). Die KESB besteht aus mindestens fünf Behördemitgliedern (KESB im engeren Sinn) (Art. 4 lit. a). Dies ist in jedem Fall mehr als die bundesrechtliche Mindestanforderung von drei Mitgliedern⁷ und trägt der relativ hohen Bevölkerungszahl der KES-Region St.Gallen mit ihren rund 86'000 Einwohnerinnen und Einwohnern wie auch der Notwendigkeit praktikabler Vertretungslösungen innerhalb der KESB Rechnung. Zu den Behördemitgliedern kommen die der KESB unterstellten Mitarbeitenden (KESB-Sekretariat) (Art. 4 lit. b).

Die Behördemitglieder werden nach Anhörung der beteiligten Gemeinden vom Stadtrat gewählt (Art. 5 lit. a Spstr. 1). Zudem ist der Stadtrat dafür verantwortlich, einen Stellenplan für das gesamte Personal zu erstellen. Als Richtwert gilt eine Quote von 100 Stellenprozenten für jeweils 100 zu betreuende Fälle (Art. 5 lit. a Spstr. 2). Die Zuständigkeit zur Anstellung der Mitarbeitenden des KESB-Sekretariates richtet sich nach den personalrechtlichen Bestimmungen der Stadt St.Gallen und erfolgt nach Anhörung der KESB (Art. 5 lit. b). Für die räumlichen und organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf den operativen Arbeitsbeginn der KESB am 1. Januar 2013 ist der Leiter der SDS verantwortlich (Art. 5 lit. c). Das Personal der KESB wird dem Personalrecht der Stadt St.Gallen unterstehen (Art. 7).

⁶ Auf den 1. Januar 2012 hat der Stadtrat das Vormundschaftsamt und das Sozialamt organisatorisch zusammengeführt. Die neu geschaffene Dienststelle heisst Soziale Dienste St.Gallen.

⁷ Vgl. Art. 440 der Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches in den Bereichen Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht (AS 2011, 725; abgekürzt nZGB).



Die KESB St.Gallen erstattet den beteiligten Gemeinden jährlich einen Geschäftsbericht (Art. 6 lit. a). Zudem wird eine Begleitkommission eingerichtet, der neben dem Präsidenten bzw. der Präsidentin der KESB und dem Leiter bzw. der Leiterin der SDS eine Vertretung jeder Gemeinde angehört. Sie soll die Arbeit der KESB begleiten und als Plattform für einen Austausch dienen (Art. 6 lit. b).

Bezüglich der Finanzierung der KESB St.Gallen ist Folgendes vorgesehen: Sofern die Gebühren für die Deckung der Kosten nicht ausreichen, kommt ein Verteilschlüssel zur Anwendung, der sich nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner per 1. Januar 2012 richtet. Für das Jahr 2012 besteht ein Kostendach von CHF 1,2 Mio.; für die Jahre 2013 und 2014 sind jeweils ca. CHF 3 Mio. vorgesehen. Für die Zeit ab 2015 wird im Jahr 2014 der bestehende Kostenteiler (erstmalig) überprüft und allenfalls angepasst (Art. 8 lit. c). Buchhalterisch wird die KESB St.Gallen als eigene Kostenstelle bei der Stadt St.Gallen geführt. Für die Geschäftsprüfung ist die Geschäftsprüfungskommission der Stadt St.Gallen zuständig (Art. 8 lit. a).

4 Aufbau und Zusammensetzung der KESB St.Gallen

Das EG KES schreibt vor, dass in der KESB insbesondere folgende Fachkompetenzen vertreten sein müssen (Art. 6): Rechtswissenschaft, Psychologie, Pädagogik, Soziale Arbeit und Medizin. Die Behörde entscheidet ausser in Ausnahmefällen (Art. 17 ff. EG KES) immer in Dreierbesetzung, wobei die Leitung der KESB die interdisziplinäre Zusammensetzung nach Sachverstand der Mitglieder je Verfahren festlegt (Art. 16 EG KES).

Auf Grund der Bevölkerungszahl in der KES-Region St.Gallen (über 86'000 Personen) sind für die Behörde etwa 500 – 600 Stellenprozent vorzusehen. In einem ersten Schritt werden zum 1. September 2012 sechs Stellen (inklusive Präsidium) mit einem Pensum von total 400 – 500 Stellenprozent besetzt.⁸ Diese Behördemitglieder sollen im Herbst 2012 alle Vorarbeiten leisten und die Organisation der Behördentätigkeit ab 1. Januar 2013 vorbereiten. Die übrigen Stellenprozente stellen eine Reserve dar, die erst genutzt wird, wenn die KES-Behörde erste Erfahrungen gesammelt hat und feststellt, in welchen Bereichen sie Ergänzung oder Verstärkung braucht.

Da bei jeder Sitzung der Behörde juristischer Sachverstand unverzichtbar sein wird, sollen mindestens zwei Mitglieder der KES-Behörde über eine juristische Ausbildung verfügen. Die weiteren Mitglieder müssen eine der weiteren geforderten beruflichen Kompetenzen vor-

⁸ Vgl. Medienmitteilung der Stadt St.Gallen vom 10.02.2012: „KES-Region erhält Präsidentin; Medienmitteilung der Stadt St.Gallen vom 04.05.2012: „Mitglieder der KES-Behörde Region St.Gallen gewählt“.



weisen. Ziel ist es, eine möglichst gut qualifizierte und breit aufgestellte Behörde mit im Kindes- und Erwachsenenschutz erfahrenen Mitgliedern zusammenzustellen.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Vertrag zwischen der Stadt St.Gallen und den Politischen Gemeinden Eggersriet, Häggenschwil, Muolen und Wittenbach betreffend die Zusammenarbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) (Entwurf)

